

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Notars der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1590
Stroße Riesa Nr. 52.

Nr. 223.

Freitag, 24. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Röhre und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 4 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubendes und tabellarischer Text 50%, Aufschlag. Feine Karte, Wenigster Rabatt erstreckt sich auf den Betrag der Anzeigen, durch Abzug von 10% auf den Restbetrag. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Koalitionserweiterung über Neuwahlen.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

In dieser Woche fällt noch die Entscheidung über die Fortführung der deutschen Außenpolitik und über die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich des in Genf vereinbarten großartigen Verständigungsplanes. Die deutsche Regierung wird die Durchführung und Einzelheiten des Verständigungsplanes dem Reichsaussenminister übertragen, der dann zur Fortführung über den Fortgang der Verhandlungen dem Kabinett Bericht zu erstatten hätte. In den kommenden Wochen will man sich wieder mehr der Innenpolitik zuwenden, da die heranwachsende Parlamentszeit eine Auseinandersetzung über die Koalitionsverhältnisse bedingt.

Die Verwirklichung des Reichskabinetts durch die Betätigung Dr. Bells mit dem Reichsaussenministerium und dem Ministerium für die besetzten Gebiete erweckt den Wunsch, als ob das Kabinett darauf versahen wollte, eine größere Umstellung in der Zusammensetzung der Koalitionsverhältnisse vorzunehmen und man sprach in parlamentarischen Kreisen allgemein von dem vorläufigen Verzicht, in neue Verhandlungen mit den Führern der Oppositionsparteien über deren Beitritt zur Koalition einzutreten. Die Situation hat sich inzwischen geändert. Mehrere Gelegenheiten sind mit der einfachen Mehrheit des Parlamentes nicht durchzubringen. Die Regierung ist auf die Oppositionsparteien angewiesen und möchte sich nicht in die Unmöglichkeit einer Anwartschaft begeben. Es erhebt sich nun die Frage, auf welche Weise eine Erweiterung des Kabinetts vorzunehmen werden soll. Die Sozialdemokraten haben es bis in die jüngste Zeit hinein abgelehnt, sich an der innerpolitischen Verantwortung zu beteiligen. Man hält die Sozialdemokraten der Arbeiterpartei der Unternehmerschaft an die gemeinsame Arbeit. Man wendet sich an die größeren Gewerkschaften in allen Fragen des besetzten Gebietes und glaubt jetzt in der Opposition die Befähigung der Arbeiterpartei noch besser vertreten zu können.

Bei den Demokratischen sind die Parteiverhältnisse trotz der Aussprüche auf dem Parteitag noch völlig unübersichtlich und ungelöst, jedoch es unentschieden bleibt, ob die radikale oder die gemäßigte Gruppe die Oberhand hat. Nach den vorangegangenen Zeiten ist es für die Regierungskoalition auch nicht leicht, nach dieser Seite hin den ersten Schritt zu unternehmen und die Demokratischen gewissermaßen einzuladen, sich an der Regierung zu beteiligen. Die wirtschaftliche Vereinigung aber bildet ebenfalls in der politischen Parteigeschichte einen so unsicheren Faktor, daß mit ihrer Hinzugabe ebenfalls nur wenig gewonnen wäre. Der Zentrumsmann Adam Stegerwald hat es jetzt für das Zentrum unternommen, die Diskussion über die Möglichkeit einer Regierungserweiterung durch einen Artikel einzuleiten. Auch er kommt zu keiner klaren Entscheidung über den besten Weg und schneidet die Frage der Neuwahlen an, die bisher bei allen schwierigen Situationen des Parlamentes als Druckmittel benutzt wurde, um bestimmte Parteien zur Bestimmung zu bringen.

Im Hinblick auf die Außenpolitik können es die Parteien der Mitte nicht aushalten, wenn in die Politik eine neue Wendung durch die Auflösung des Reichstages gebracht wird, zumal jede austräglichere Parole für die Neuwahlen fehlt. Die Sozialdemokraten würden die Gelegenheit allerdings begrüßen, da sie von einer Auseinandersetzung in der Arbeiterpartei eine Stärkung ihrer Partei auf Kosten der Kommunisten erwarten. Der denkbar beste Ausweg wäre ohne Zweifel der, daß die Regierung von Seiten der Oppositionsparteien die letzte Befugnis für die Unterbrechung der Gesetzgebung erhält und eine Veränderung der Koalition bis zum Frühjahr verschoben wird.

Gespannte Lage in Spanien.

Mailand. Wie die italienischen Blätter aus Spanien melden, hat sich dort die Lage weiter verschlimmert. Entgegen den Mitteilungen der Regierung sei die Lage sehr gespannt. Die Artillerieoffiziere der Marokkoarmee hätten sich mit ihren Kameraden solidarisch erklärt. Auch unter den Kavallerieoffizieren mache sich eine steigende Unzufriedenheit bemerkbar. Man befürchtet den Ausbruch eines ernsthaften Konflikts zwischen dem König, der Regierung und der Armee, sobald der Hof von San Sebastian nach Madrid zurückgekehrt sei. General Primo de Rivera habe angeordnet, daß alle in den Artillerietroepen befindliche Munition nach einem anderen Orte geschickt werde. Als ein wichtiges Moment sieht man auch die Tatsache an, daß sich in der Umgebung von San Sebastian augenblicklich ehemalige Ministerpräsidenten aufhalten. Man glaubt, daß sie sich bereit halten, falls sich die Lage verschlimmern werde.

London. Nach einem Bericht des Daily Chronicle aus Gibraltar befindet sich Spanien in einer großen Krise. Die augenblickliche Lage sei unheilvoll. Entweder der König oder Primo de Rivera müsse gehen. Wahrscheinlich werde Primo de Rivera gehen müssen. Sein Nachfolger werde wahrscheinlich der Oberbefehlshaber der spanischen Regierung Martinez Anida sein.

Zusammentritt des Sächsischen Landtages.

Landtagswahlgesetz. — Die Universitäts-Augenklinik. — Lager Zeithain.

III. Dresden, 28. September 1926.

Der Sächsische Landtag trat heute mittags 1 Uhr nach der großen Sommerpause erstmalig wieder zu einer Volltagung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident Winkler mit, daß während der Landtagssession der Professor Dr. Bruno Schöke, ein langjähriger Mitarbeiter an den parlamentarischen Arbeiten, verstorben sei. (Die Abgeordneten haben sich von seinen Plätzen erhoben.) Der Landtag nehme Gelegenheit, ihm seinen Dank für die Mitarbeit auszusprechen. Der so lange, wie der Entschlafene, die parlamentarische Arbeit geleistet habe, der habe diese Ehre verdient. Weiter teilt der Präsident mit, der Abg. Jäger habe angeordnet, daß er aus der deutschnationalen Fraktion ausgetreten sei. Endlich macht der Präsident bekannt, die Regierung habe zu erkennen gegeben, daß sie die Absicht habe, die Landtagssession für den 31. Oktober d. J. auszusetzen.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung über den Gesetzesentwurf zur Änderung des Landtagswahlgesetzes.

Abg. Dr. Oßbismann (FVP) hält die Anpassung der Vorschriften des Landtagswahlgesetzes an die des Reichswahlgesetzes für empfehlenswert, bedauert aber, daß der deutschvolksparteiliche Antrag auf Verbindung von Wahlvorschriften verschiedener Parteien in dem Entwurfe nicht berücksichtigt worden sei.

Abg. Gündel (Dnat.) ist ebenfalls mit der Einführung des amtlichen Stimmzettels einverstanden, wünscht aber Berücksichtigung der Stimmenzahl.

Abg. Rehrig (Soz.) begrüßt die KVP, habe das größte Interesse an dem amtlichen Stimmzettel, denn sie würde nicht die erforderliche Anzahl von Beizeitvertretern aufbringen können (Beizeitvertreter). Wenn man den Wunsch dieser Herren berücksichtige, dann möchte man auch noch andere Wünsche erfüllen.

Abg. Renner (Komm.) wendet sich gegen die Bestimmung des Entwurfes, daß die Vorschläge einer Partei, die im letzten Landtage nicht vertreten gewesen ist, nur zugelassen werden sollen, wenn die Partei spätestens am sechsten Tage vor dem Wahltag ein Wahlleiter am Betrage von 3000 Mark eingezahlt hat, der zurückzugeben ist, wenn die Partei mindestens einen Abgeordneten stellt. Renner beantragt schließlich, noch die Wahltag und Kommunalwahlen an einem Tage stattfinden zu lassen.

Abg. Weiske (Komm.) meint, daß bei einer einheitlichen Wahl die drückendsten Folgen zu sehr in den Hintergrund gedrängt würden. Der Vorschlag würde seine Freunde aufkommen.

Der Entwurf wird hierauf an den Rechtsausschuß verwiesen. Ohne Aussprache geht die Vorlage über den Verkehr der

Kaustischen elektrischen Straßenbahnen

an die zu einer Dresdner Ueberland-Verkehrsgesellschaft m. b. H. zu erweiternde Straßenbahn Rostsch-Pillnitz G. m. b. H. an den Hausbauauschuß B.

Abg. Dr. Winkler (Dnat.) begründet hierauf die Anfrage seiner Partei wegen der

Anstellung zweier scheidungsamtlicher Staatsangehöriger an der Universitäts-Augenklinik in Leipzig.

Die Anstellung zweier scheidungsamtlicher Staatsangehöriger an der Universitäts-Augenklinik in Leipzig. Es handele sich nicht nur um eine politische Angelegenheit, und es lege ihm fern, die beiden Herren einer politischen Partei an die Reichshöhe zu hängen. Die Angelegenheit sei vielmehr geeignet, den Ruf unserer Universität zu schmälern. Die beiden scheidungsamtlichen Staatsangehörigen seien von zweifelhafter wissenschaftlicher Bedeutung. Durch die Bevorzugung dieser Herren seien die Reichsdeutschen verdrängt worden. Es sei nicht nötig gewesen, als stellvertretenden Oberarzt einen Herrn aus Prag zu holen, über den sich die Regierung nicht einmal erkundigt habe. Wenn die Regierung sage, es sei nicht möglich gewesen, deutsche Erstkräfte zu beschaffen, so glaube er das nicht. Er mißbillige das Verfahren der Regierung.

Rehner weist dann darauf hin, daß man sich in Bezug auf korrupten Verhältnisse in der Universitäts-Augenklinik erhebe. Es sollen den Patienten nicht jahreslange Verpflegung- und Gebührenträge abgefordert werden und die Reizeiträge in die Taschen der Kliniker gelassen sein. So seien für den Aufenthalt einer Mutter mit ihrem Kind, das operiert wurde, außer den Operationskosten von 600 Mark pro Tag 60 Mark für Verpflegung verlangt worden. Es dürften nicht unter dem Deckmantel der Verpflegung solche Kräfte erbracht werden, die in der Klinik behandelt werden. Die Partei erwarte, daß die Regierung die Angelegenheit untersuche, ein Disziplinarverfahren einleite und die zumiel geschädigten Beträge zurückbezahlt würden.

Volksbildungsmittel Dr. Raies

weil den Vorwurf zurück, daß politische Gründe vorlägen, weshalb gegen den in Frage kommenden Prof. Dürstel nicht vorgegangen werde. Es wäre richtiger gewesen, von der Regierung die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu fordern, anstatt sie mit einer Anfrage zu übergehen. Der

Regierung seien vor einiger Zeit ähnliche Beschwerden zugegangen. Es habe sich herausgestellt, daß sie von einem geisteskranken Assistenzarzt stammen, der mit Prof. Dürstel in Differenzen geraten war. Den Assistenten, der Material gegen den Chef der Klinik zusammentrage, könne man nicht mit der Stellvertretung des Chefs betrauen. Wenn der Ordinarius jemand für fähig zu seiner Stellvertretung halte, dann könne die Regierung dem nicht widersprechen. Der eine sei Katholik, komme von deutschen Eltern aus Deutschböhmen und habe deutsche Schulen besucht. Der andere habe allerdings einen jüdischen Vater, sei aber, wie seine Mutter, katholisch und ebenfalls Deutscher. Die wissenschaftliche Befähigung könne keinem abgesprochen werden, die deutsche Unterfrucht in Prag gehöre in den deutschen Interessenskreis. Er habe keine Veranlassung, die Anstellung der beiden Herren zurückzunehmen.

Was die angeblichen korrupten Verhältnisse in der Klinik anlangt, so hielten sich die Operationsgebühren in angemessenen Grenzen. Unzulässig sei, daß in die Verpflegungskosten die Kosten für die Medikamente und für ärztliche Nachbehandlung einbezogen würden. Er gebe zu, daß die Preise außerordentlich hoch und für Arbeiterbemittelte unerschwinglich seien; aber der Ordinarius habe ihm erklärt, daß die ärztliche Gebührenordnung weit höhere Preise zulasse. Wer die Preise nicht zahlen könne, könne sich trotzdem von demselben Arzte behandeln lassen, dann aber in der Klinik. Rehner schließt: Ich habe die Anregung Dr. Dürstels, gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten, abgelehnt. Mißstände an der Universitäts-Augenklinik werden. Man tut das aber im Interesse der Unterfrucht nicht auf dem Wege einer Interpellation (Abg. Dr. Winkler ruf): Das machen wir, wie wir wollen.

Abg. Rehrig (Soz.) erklärt, die Leitung der Klinik sei in sozialer Beziehung sehr mangelhaft; es würden möglichst nur zahlungsfähige Patienten angenommen. Dieser Mangel an sozialem Verständnis mache sich auch in anderen Anstalten geltend. Die sozialen Anhalten dürften nicht bevorzugen. Anhalten für zahlungsfähige Patienten sein. Es müsse auch den Armen geholfen werden.

Abg. Dr. Schmidt (Komm.) bezeichnet die Methode, die Prof. Dürstel anwende, als Räuberethode. Leider gebe es Ärzte, die einen Patienten nicht eher behandeln, bis das Geld auf dem Tische liege. Das sei in Dresden ebenso wie in Leipzig. Bei den sozialen Anhalten müßten die privaten Stationen abgeschafft werden.

Abg. Gildmann (FVP) erklärt, seine Freunde seien von der Antwort des Ministers befriedigt, an der sie ergehen habe, daß die schwereren Vorwürfe, die gegen die Klinik erhoben worden seien, unbegründet seien. Tatsächlich vorhandene Mißstände würden durch die ärztliche Standesorganisation beseitigt werden müssen.

Abg. Dr. Winkler (Dnat.) erwidert, der Minister habe eine schlechte Sache mit schwachen Mitteln verteidigt. Das Verfahren Dr. Dürstels lasse sich nicht verteidigen.

Nach kurzen Ausführungen des Volksbildungsministers und des Abg. Dr. Gildmann (Dnat.) wird die Aussprache über diese Angelegenheit geschlossen.

Abg. Rehrig (Komm.) gibt die Begründung eines Antrages, die Regierung zu beauftragen, sofort die

Eingemeindung des Lagers Zeithain

vorzunehmen oder die Bewohner, die sich aus 3000 Wohnungslöcher zusammensetzen, einer der umliegenden Gemeinden anzuschließen, damit sie von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch machen könnten.

Abg. Weiske (Komm.): Der Antrag der Kommunisten komme post festum. Die Regierung habe bereits eine Verordnung in dem Sinne erlassen, daß der jetzige Gutsbezirk Zeithain teilweise dem Dorfe Zeithain in der Amtshauptmannschaft Großenhain und teilweise dem Dorfe Gohlitz in der Amtshauptmannschaft Oschatz zugeteilt würde. Endgültig sei die Regelung noch nicht. Man solle auch ein Schulhaus im Lager gebaut werden. Das Lager zu einer selbständigen Gemeinde zu machen, sei nicht möglich, da ihm die steuerlichen Einnahmen fehlten. Das Reich, das nach Zeithain ein Flüchtlingslager gelegt habe, müsse hier viel mehr eingreifen, als nur durch den Bau eines Schulhauses.

Oberregierungsrat Dr. Herloh führt aus, daß die natürliche Lösung gewesen sei, eine neue selbständige Gemeinde aus dem Gutsbezirk Zeithain zu machen. Die Regierung habe diese Frage geprüft, es sei aber nicht gelungen, diese Gemeinde zu finanzieren. Man habe sich an das Reich gewandt, jedoch ohne Erfolg. Infolgedessen sei das Lager den Nachbargemeinden überwiesen worden, damit die Einwohner das Gemeinbewußtsein erzielten.

Abg. Schreiber (Dnat.) steht in der Regelung nur eine interimistische Lösung. Öffentlich gelte es später, das Lager zu einer selbständigen Gemeinde zu erheben.

Der Antrag wird an den Rechtsausschuß verwiesen.

Die Vorlage über den Verkauf des Revierstücks N. Die „Schulden“ des Staatsforstreviers Plawe an die Stadt Chemnitz zur Kulanz eines Waldfriedhofes geht ohne Aussprache an den Hausbauauschuß A.

Nächste Sitzung Dienstag, den 5. Oktober 1 Uhr. Tagesordnung: Zweite Beratung der am Donnerstag behandelten Vorlagen sowie der Vorlage, den Entwurf eines Gesetzes über Zusammenlegung von Grundstücken betr.